

**Wahlprogramm
AfD-Kreisverband
Gütersloh**



**Für die
Kreistagswahl Gütersloh
am
13.09.2020**

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorwort	Seite 3
Arbeit und Soziales	Seite 4
Finanzen und Haushalt	Seite 5
Gesundheit	Seite 6
Jugend und Migrationspolitik	Seite 6
Bauland für Familien	Seite 7
Schule, Kultur, Freizeit und Sport	Seite 7 - 8
Asyl, Migration, Rückführung	Seite 8
Sicherheit und Ordnung	Seite 9
Wirtschaft	Seite 9 - 10
Umwelt	Seite 10 - 11
Verkehr und Mobilität	Seite 11 - 13

Vorwort

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

am 13.09.2020 entscheiden Sie über die Zusammensetzung des Kreistags Gütersloh für die nächsten fünf Jahre. Kommunalpolitik ist Politik aus Leidenschaft. Wir wollen unsere Leidenschaft für Sie einsetzen. Kommunalpolitik ist weitaus mehr als die Organisation der Abfallwirtschaft oder das Kümern um den klappernden Kanaldeckel. In den folgenden Seiten können Sie lesen, welche Ziele die AfD im Kreis Gütersloh verfolgt und welche Punkte wir anders gestalten möchten.

Die Parteienlandschaft hat sich geändert. Die CDU dominierte jahrelang die Gestaltung der Geschicke unseres schönen Kreises. Allerdings gerät diese Mehrheit immer mehr ins Wanken. Eine starke konservative, patriotische, sozial orientierte und liberale Politik wird es aber nur mit der AfD geben. Alle anderen Parteien sind längst links der Mitte verortet. Wir hingegen geraten nicht ins Schwanken, Stammeln und Stottern, wenn wir nach unserem politischen Standort gefragt werden. Ganz klar: Wir sind bereit, den von den anderen Parteien sträflich vernachlässigten Wählern wieder eine Stimme zu geben. Was das bedeutet und wofür wir stehen können Sie auf den nächsten Seiten erfahren.

Unser Wahlprogramm ist kein bunter Katalog mit hübschen Bildern und wohlklingenden Phrasen: Es ist unser Kompass für die nächsten fünf Jahre. An unseren Worten können Sie uns messen.

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse und bitten Sie um Ihre Unterstützung!

Johannes Brinkrolf

Sprecher AfD-Kreisverband Gütersloh

Arbeit und Soziales

Leiharbeit, Minijobs und Mindestlohn

Die AfD wird sich im Kreistag dafür einsetzen, dass alle Verträge mit Leiharbeitsfirmen, welche Dienstleistungen für den Kreis Gütersloh erbringen, gekündigt werden. Ebenso gilt das auch für Verträge mit der AWO, Caritas, Diakonie oder anderen sozialen Trägern. Die Mitarbeiter sollen stattdessen direkt beim Kreis Gütersloh zu gerechten Konditionen fest angestellt werden.

Private Träger denken zunächst an ihr eigenes Wohlergehen und dann erst an ihren Auftrag. Das Beispiel der AWO aus Frankfurt zeigt auf, dass Gelder des Steuerzahlers veruntreut worden sind. Überdies steht die AWO der SPD sehr nahe. Dies öffnet Parteibuchwirtschaft Tür und Tor.

Sozial- und Jugendpolitik sind kein Selbstbedienungsladen für parteinahe Träger. Wenn das Personal direkt beim Kreis angestellt ist, fallen diese Optionen weg. Und das Personal wird fair und gerecht entlohnt.

Jobcenter

Jahrelang war es im Kreistag ein unumstößlicher Grundsatz, dass für Projekte des Jobcenters keine kommunalen Mittel eingesetzt werden. Dieser Grundsatz gerät seit einiger Zeit immer wieder in den Zangengriff von politischen Kräften, die gerne mit dem Gießkannenprinzip Projekte starten möchten. Diese werden dann von parteinahen Trägern und deren hoch dotierten Mitarbeitern übernommen. Als Ergebnis kann es dann tatsächlich dazu kommen, dass einige Arbeitslose in den Arbeitsmarkt vermittelt werden können. Mehr passiert dann aber grundsätzlich nicht. Die Effizienz dieser Maßnahmen ist bei weitem nicht so hoch ist, als dies angedacht ist. Und das reicht uns nicht. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich die Erfolgsquoten erhöhen und werden bei ineffizienten Programmen deren zügige Beendigung einfordern.

Die AfD lehnt vor allem Sozial-Projekte ab, die vordergründig dazu dienen, Menschen in den Arbeitsmarkt zu vermitteln, in Wirklichkeit aber parteinahen Unternehmen oder Verbänden sichere und ordentlich bezahlte Arbeitsplätze auf Kosten des Steuerzahlers zu bescheren.

Die AfD setzt stattdessen auf das bisherige erfolgreiche Verfahren. Über das Arbeitsmarktprogramm des Jobcenters soll das Niveau der Arbeitslosigkeit auf dem konstant niedrigen Niveau gehalten werden. Überdies ist in verzahnter Zusammenarbeit mit der ProWi GT die Zukunftsfähigkeit des heimischen Arbeitsmarktes zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Missbrauch bzw. Erschleichung von Sozialleistungen

Es ist inakzeptabel, wie zumeist zugewanderte Clans Sozialleistungen beziehen und gleichzeitig in dubiose Geschäfte verwickelt sind. Die AfD fordert eine rigorose Bekämpfung des Sozialleistungsmissbrauchs durch eine enge Netzwerkarbeit der kommunalen Akteure. Straftaten und Schwarzarbeit zulasten der hart arbeitenden Steuerzahler müssen ein Ende haben!

Finanzen und Haushalt

Einen Großteil des Kreishaushalts machen Leistungen des Sozialstaats aus. Sie sind gesetzlich vorgegeben und in ihrer Umsetzung nur geringfügig beeinflussbar. Ein Großteil des Haushalts entfällt auf die Umlage an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL). Auch hier sind die Einflussmöglichkeiten des Kreises gering. Die Höhe der Umlage legt der LWL per politischem Beschluss fest. Der Kreis kann lediglich eine Stellungnahme abgeben.

Der kommunale Haushalt soll ausgeglichen sowie von Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit geprägt sein. Die AfD wird dafür eintreten, dass Investitionsentscheidungen zum Nutzen aller Bürger und unter der Berücksichtigung der Folgekosten getroffen werden. Luxusprojekte und ideologisch getriebene Projekte (z. B. „Klimamanager“) lehnen wir ab.

Bei den freiwilligen Aufgaben des Kreises muss die Devise lauten: Kosten- und Aufgabenerfüllungskontrolle vor Aufgabenexpansion. Der Kreis Gütersloh hat keine eigenen nennenswerten Einnahmequellen außer der Umlage, welche die kreisangehörigen Städte und Gemeinden entrichten müssen. Es ist daher nicht hinnehmbar, dass der Kreis Gütersloh Schulden anhäuft. Landkreise finanzieren sich von den Geldern ihrer angehörenden Kommunen. Schuldenaufnahme muss grundsätzlich vermieden werden, weil der Kreis damit den Kommunen indirekt weitere Verbindlichkeiten aufbürdet.

Das wirtschaftliche Verhalten der Kreisverwaltung gehört regelmäßig auf den Prüfstand. Die effiziente Erfüllung kommunaler Aufgaben sollte von Zeit zu Zeit durch neutrale Instanzen überprüft werden. Eine solche Instanz könnte z.B. ein extern zu beauftragendes Controlling-Unternehmen sein. Wirtschaftlich sinnvolle und risikoarme Privatisierungen oder Ausgliederungen sollten nur dann in Betracht kommen, wenn keine Schattenhaushalte und lukrative Versorgungsposten für einzelne Mitarbeiter etabliert werden können.

Die AfD ist gegen den Einsatz von problematischen Finanzierungsmodellen. Sie wird sich gegenüber Sale-and-Lease-Back und ähnlichen Finanzierungsmodelle grundsätzlich ablehnend verhalten. Bei diesen wird kommunales Vermögen an einen Vertragspartner verkauft und von diesem zurück geleast. Auf Seiten der Käufer entstehen dabei regelmäßig Gewinne, während der Kreis Gütersloh auf lange Sicht enorme Kosten tragen muss. Unsere Kinder und Kindeskindern werden durch eine Verschleierung und zeitliche Verschiebung von Lücken im kommunalen Haushalt künftig stark belastet werden.

Die AfD befürwortet mit besonderem Nachdruck den bis vor kurzer Zeit eingeschlagenen Kurs des Schuldenabbaus. Die Erweiterung des Kreishauses sowie der Bau des Parkhauses stehen gegen diesen Kurs. Unter Generationengerechtigkeit verstehen wir insbesondere, unseren Kindern keine Hypotheken, die wir zu verantworten haben, zu hinterlassen.

Kommunale Steuergelder für religionsbezogene Bauten, wie zum Beispiel Minarette oder Kali-Schreine, sind nicht zu bewilligen und baurechtliche Sondergenehmigungen dafür zu verweigern. Alle entsprechenden Vorhaben sind baurechtlich auf ihre Vereinbarkeit mit dem gewachsenen Stadtbild zu überprüfen.

Die Unterstützung von mutmaßlich verfassungsfeindlichen Religionsgemeinschaften durch finanzielle Förderung, verbilligte Überlassung von Grundstücken oder vereinfachte Genehmigungen lehnt die AfD entschieden ab. Der künftig nicht ausgeschlossenen Genehmigung lautsprecherverstärkter öffentlicher Gebetsrufe in unseren Städten und Gemeinden werden wir mit allen rechtlich zulässigen Mitteln entgegentreten.

Gesundheit

Die Rettungswachen sind ein wesentlicher Baustein für die gesundheitliche Notversorgung des Kreises Gütersloh. Hier sollte nicht am falschen Ende gespart werden. Die AfD befürwortet den Erhalt und den künftig notwendigerweise erforderlichen Ausbau der Infrastruktur. Der Kreis unterhält kein Krankenhaus als Träger. Die AfD befürwortet die Beibehaltung dieses Status. Als Umlageverband würde das Thema Kostenkontrolle ansonsten schnell entgleiten und unanschätzbare Folgekosten verursachen.

Der Kreis Gütersloh ist ländlich geprägt. Die Landwirtschaft ist ein ausdrucksstarker Indikator hierfür. Die AfD steht für eine strenge Gesundheitsaufsicht, welche die Unternehmen unabhängig prüft und somit zum Erhalt der Qualität unserer Produkte und damit auch der Arbeitsplätze im immer härter werdenden Wettbewerb beiträgt.

Viele Leistungen im Bereich Gesundheit werden vom LWL erbracht. Die AfD versteht den LWL nicht als Wettbewerber, sondern als Dienstleister, mit dem die hohe Qualität der gesundheitlichen Versorgung unserer Bürger gewährleistet wird.

Die AfD steht für das Gebot der vernetzten und interkommunalen Zusammenarbeit.

Jugend- und Migrationspolitik

Die Kosten des Bereiches „Soziales“ sind in den letzten 40 Jahren regelrecht explodiert. Neue Vorschriften in Hülle und Fülle sowie die massenhafte Migration in den Sozialstaat führten zum Entstehen einer Fülle an Trägern, die in ihrer Gesamtheit schon als Sozialhilfeindustrie bezeichnet wird. Diese Industrie arbeitet in streng abgesteckten Revieren. Sie lässt neuen Trägern keinen richtigen Raum. Die Situation gleicht einem Kartell. Die Sozialkassen der Bundesrepublik bzw. des Kreises Gütersloh sind zum Selbstbedienungsladen geworden. Dieses Geschäftsgebaren muss beendet werden. Dafür tritt die AfD ein.

Die AfD wird in der Kinder- und Jugendarbeit jede Art von Frühsexualisierung sowie ähnliche sozialistisch orientierte Agitation von Betreuern und Lehrern unterbinden. Die Falken, die in einigen Gemeinden Angebote im Bereich der Arbeit mit Jugendlichen etabliert haben, stehen spätestens seit 2011 wieder der SPD sehr nahe. Gleiches gilt für die AWO. Die Kreisgeschäftsführerin der AWO sitzt bis dato für die SPD im Kreistag Gütersloh. Wer hier noch glaubt, dass SPD und AWO nicht Hand-in-Hand für den Einsatz von Steuergeldern für die eigene Klientel kämpfen, soll dies gerne weiter glauben. Die AfD wird diese unerträglichen Zustände ansprechen und für die Aufklärung der weitverzweigten Beziehungsgeflechte Sorge tragen.

Die AfD wird sich zudem für kostenlose Kindergartenplätze ab U3, also ab dem vierten Lebensjahr der Kinder einsetzen. Damit wäre der Kreis Gütersloh Vorreiter in Sachen Kinder- und Familienfreundlichkeit.

Die Vermittlung von Begriffen wie Benehmen und Anstand gehören für uns selbstverständlich zum Baukasten solider pädagogischer Arbeit.

Der Kreis Gütersloh wird in seinen Kindergärten und Schulen auch den Begriff Heimat wieder vermitteln. Dazu gehört es auch, klare Begrifflichkeiten zu verwenden, wenn es um Feste und Brauchtümer christlichen Ursprungs geht. So lehnen wir die Bezeichnung Lichterfest ab. Die AfD setzt sich dafür ein, dass dieses Fest weiterhin Sankt-Martin-Fest genannt wird.

Bauland für Familien

Die AfD setzt sich im Kreis und in den Gemeinden für günstiges Familien-Bauland ein. Bauträger sollen Bauland nur unter besonderen und hohen Auflagen erhalten. Erwirbt eine Familie ein Grundstück, statt ein ganzes Haus, soll sie auch nur die Grunderwerbssteuer für das Grundstück statt fürs ganze Haus bezahlen. Das macht eine reichliche fünfstellige Summe aus, die die Familien sparen können. Hier könnte der Kreis Gütersloh Maßstäbe setzen. Das kostet zwar, mindert aber Hemmnisse für die Eigentumsbildung. Die Auflagen für solche Fördergelder müssen allerdings definiert sein. Sonst führt dies zu einer einseitigen Bewegung von Bürgern außerhalb des Kreises in den Kreis Gütersloh und zu Friktionen mit anderen Landkreisen.

Schule, Kultur, Freizeit und Sport

An allen Schulen werden die Fächer Mathe, Deutsch sowie die Naturwissenschaften unterrichtet. Diese Fächer sind das Fundament für eine solide Allgemeinbildung. Die deutsche Sprache ist dabei die tragende Säule für die Vermittlung von Wissen in den Schulen. Diese Sprache ist auch eines unserer höchsten Kulturgüter und muss deshalb geschützt werden. Die AfD ist gegen das vermehrt auftretende Sprachgepansche in Schreiben und Mitteilungen. Gender-Sternchen, -Monde und -Sonnen gehören als Dekoration zu Sankt-Martin an die Fensterscheiben geklebt, aber in der Bildungslandschaft hat dieser sprachverunstaltende Unfug nichts zu suchen. Die AfD setzt sich insbesondere für den Erhalt der deutschen Sprache frei von jedem Gender-Unsinn ein.

Digitalisierung kann den klassischen Unterricht nicht ersetzen, jedoch unterstützen. Die Erfahrungen aus der Corona-Krise haben dies bestätigt. Dafür muss es an jeder Schule eine Breitband-Internetanbindung und in den Klassenzimmern eine Mindestausstattung mit PC, Dokumentenkamera und Beamer geben. Die personelle Unterstützung der Schulen bei der Einrichtung, Wartung und Pflege der digitalen Infrastruktur muss durch den Schulträger gewährleistet werden. Die Digitalisierung darf aber nicht zu einer Verdrängung und Abwertung bewährter Lehrmittel wie Buch und Tafel führen. Digitale und nicht-digitale Medien schließen sich nicht aus, sondern ergänzen sich.

An vielen Schulen in NRW wird das Schul-Essen durch religiös begründete Verbote allgemein eingeschränkt, z. B. durch den Ausschluss von Schweinefleisch. Die AfD betrachtet das als Verstoß gegen das Neutralitätsgebot und fordert, dass sich die kreiseigenen Schulen in keiner Weise jetzt oder in Zukunft fremden Speisegesetzen unterwerfen. Die Wahlfreiheit muss uneingeschränkt erhalten bleiben.

Die AfD setzt sich für Menschen mit Behinderungen ein. Die 2006 in Paragraph 24 unterzeichnete UN-Konvention sagt aus, dass Menschen mit Behinderungen „gleichberechtigt mit anderen in der Gemeinschaft, in der sie leben, Zugang zu einem inklusiven, hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen haben“. Dies bedeutet jedoch nicht, dass deren Förderung oder die Qualität des Unterrichtes generell darunter leiden dürfen. Wir halten die Inklusion, so wie sie heute gehandhabt wird, auch im Sinne der Inkludierenden für verfehlt, befürworten aber ausdrücklich die Integration im Alltagsleben.

Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass private Musikschulen, Sport- oder Reitvereine durch die Ganztagschulen nicht beeinträchtigt werden und in den Unterricht eingebunden werden können.

Ferner wollen wir, das Böckstiegel-Museum sowie private Musik- Kunst- und Sportschulen unterstützen. Uns liegen auch das Wohlergehen der Reitvereine sowie die Förderung der Jagd- und Wildpflege am Herzen.

Ein attraktives Tourismusangebot ist für unseren Kreis und die Region wichtig. Durch Synergien mit anderen Wirtschaftszweigen entsteht eine nicht zu unterschätzende Wertschöpfung. Wir wollen die touristische Infrastruktur ausbauen. Dazu gehören auch spezifische Tourismusangebote. Vorhandene Kulturgüter, markante Architektur, Landschaft und Natur und Attraktionen in den Bereichen Freizeit, Sport, Bildung und Wissenschaft müssen in ein Tourismuskonzept einbezogen werden.

Die als ehrenamtliche Trainer, Übungsleiter, Betreuer, Kampf- oder Schiedsrichter im Sport tätigen Bürger sind ein unschätzbare Wert für unsere Gesellschaft. Die AfD tritt daher für verstärkte Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit ein. Nur gut ausgebildete Trainer und Jugendleiter können eine nachhaltige und erfolgreiche Vereinsarbeit gewährleisten. Wir fordern, dass Ausbildungs- oder Trainerlizenzkosten für Personen, die ehrenamtlich ihre Freizeit in Sporteinrichtungen investieren, von öffentlichen Trägern und/oder Vereinen übernommen und Aufwandsentschädigungen in angemessener Höhe gezahlt werden.

Sowohl für den Schulsport, den Vereins-, Breiten- und Spitzensport sind die Erhaltung und der Ausbau unserer Sportinfrastruktur von herausragender Bedeutung. Entsprechend ist der jahrelange teilweise Verfall dieser Sportinfrastruktur in den Kommunen und Vereinen aufzuhalten und der Sanierungstau zu beenden vor allem Schulsportstätten und Schwimmhallen. Die Mittel für die Sanierung von Schulsportstätten sollten einfach abrufbar sein.

Asyl, Migration, Rückführung

Die AfD fordert für den Kreis Gütersloh die systematische Altersbestimmung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge sowie die Feststellung der Herkunft aller Flüchtlinge durch das Auslesen der Handydaten. Es gibt Hinweise, dass bundesweit die Hälfte der vermeintlich Minderjährigen deutlich erwachsen sind.

Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass Asylantragsteller, welche aus sicheren Drittstaaten kommen, und das sind fast alle, unverzüglich in die Heimatländer rückgeführt werden.

Mehrfachstraftäter oder vollziehbar ausreisepflichtige Personen, die oft auch dauerhaft Sozialleistungen beziehen, werden kurzfristig rückgeführt. Schwierig ist die Rückkehr, wenn die Ausreisepflichtigen keinen Pass haben. Deutschland oder die Europäische Union können für diese Menschen Ersatzpapiere (sogenannte Laissez-Passer-Papiere) ausstellen. Grundsätzlich sind diese Laissez-Passer-Papiere international anerkannt. Mit einer starken AfD im Kreistag wird dieses Verfahren systematisch angewandt werden.

Die AfD spricht sich gegen die Selbstdenkulation nordrhein-westfälischer Städte und Kommunen zu „sicheren Häfen“ für Migranten aus. Die Zuständigkeit für die Durchführung des Asylverfahrens liegt gemäß Dublin-III-Verordnung vielmehr beim Ersteinreiseland in die EU. Und die Entscheidung über die Aufnahme von Migranten im Rahmen des Asyl- und Aufenthaltsrechts fällt gerade nicht in den Zuständigkeitsbereich der Kommunen.

Die Forderung von Lokalpolitikern, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen, in Eigenregie und unter Umgehung bestehender Gesetze Migranten nach NRW zu holen, ist verantwortungslos, weil damit die letzten Möglichkeiten staatlicher Kontrolle bei der Einwanderungspolitik abgeschafft würden. Da nach Zuerkennung eines Schutzstatus Leistungen nach dem SGB II gezahlt werden, hätten im Ergebnis der Bund und somit alle Bürger unseres Landes für die finanziellen, sozialen und sicherheitspolitischen Folgekosten solcher Alleingänge auf kommunaler Ebene zu bezahlen.

Sicherheit und Ordnung

Die AfD steht für sichere Innenstädte. Im Kreistag werden wir daher alles unternehmen, um Rahmenbedingungen zu schaffen, durch die mehr und qualifizierter Nachwuchs für die Polizei gewonnen werden kann. Dazu gehört, den Beruf attraktiver zu gestalten und insbesondere auch Überstunden abzubauen.

Die AfD wird regelmäßig Kriminalstatistiken einfordern, in denen alle Straftaten aufgelistet werden und auch die Herkunft der Täter genannt wird. Damit soll die Schweigespirale, die seitens der Presse und der anderen Parteien betrieben wird, aufgeweicht werden.

Seit dem Jahr 2015 haben Straftaten wie Sexualdelikte, Raub und Messerstecherei stark zugenommen, viele davon unter Beteiligung von Zuwanderern (aufgeklärte Sexualdelikte mit mindestens einem tatverdächtigen Zuwanderer 2014=949, 2018=6046, Quelle: BKA, Kriminalität im Kontext von Zuwanderung 2018).

Das Sicherheitsgefühl der Menschen in unserem Land hat infolgedessen stark gelitten. Der Kriminalitätsrate bei Gewaltdelikten muss entschlossen entgegengewirkt werden, damit sich die Bürger und Bürgerinnen sicher im öffentlichen Raum bewegen können. Die AfD fordert daher, das Personal im Streifendienst deutlich aufzustocken.

Die AfD wird alles versuchen, um Kriminalität an Schwerpunkten durch mehr Präsenz der Polizei bzw. geschulter Kräfte der Ordnungsämter zu minimieren. Wir werden immer wieder fordern, geltendes Recht mit der gebotenen Härte durchzusetzen und Mehrfachstraftäter mit Migrationshintergrund in ihre Heimatländer zurückzuführen.

Achtsame und handlungsbereite Nachbarschaften können einen wichtigen Beitrag zur Prävention von Einbrüchen leisten. Die rasche Meldung verdächtiger Aktivitäten an die nächste Polizeidienststelle und deren Erscheinen vor Ort erreicht auch bei noch nicht ausgeführter Tat einen Abschreckungseffekt. Die AfD wird sich im Kreistag dafür einsetzen, Kampagnen zur Sensibilisierung der Bevölkerung hierfür und für deren Einbindung in die Kriminalprävention zu erwirken.

Der Respekt gegenüber Staatsdienern und die Hemmschwelle für Angriffe gegen diesen Personenkreis ist in den letzten Jahren stark gesunken. Beschäftigte von kommunalen Ämtern und Behörden, Mitglieder der Feuerwehren und Rettungsdienste und alle anderen Personen, die Dienst für die Allgemeinheit versehen, müssen vor Angriffen besser geschützt werden. Die AfD fordert eine strenge Bestrafung identifizierter Täter.

Wirtschaft

Mittelständische Unternehmen sind das Herz unserer Wirtschaft. Sie brauchen Freiräume für Wachstum und Veränderung. Dazu gehören auch attraktive Rahmenbedingungen in den Kommunen. Ein gutes Angebot an Gewerbeflächen, gute Verkehrsanbindungen, leistungsfähige Internetzugänge sowie eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung sind wichtige Standortfaktoren. Wir unterstützen unseren Wirtschaftsförderer, die pro Wirtschaft GT GmbH. Hier wird exzellente Arbeit geleistet, die den Kreis Gütersloh als Wirtschaftsmotor Ostwestfalens stärkt und ausbaut.

Die AfD möchte junge Menschen für eine Ausbildung zum Handwerk oder in anderen dualen Studiengängen begeistern. Um die Standortattraktivität für angehende Selbstständige und Firmengründer zu erhöhen, setzen wir uns für die Einrichtung von Gründerzentren für junge Handwerksunternehmen ein. Hierbei spielt u.a. das Zusammenwirken mit der lokalen Handwerkerschaft eine wichtige Rolle.

Günstige Mietpreise und flexible Raum- und Werkstattmöglichkeiten (z.B. gemeinsam nutzbare Empfangs-, Büro- und Besprechungsräume, Teeküchen, Kopierräume, Telefonzentralen usw.) sollen eine neue Gründerkultur, parallel zur bereits geförderten Startup-Szene, entfachen. Durch Ansiedlung verschiedenster Handwerksarten können weitere innovative und produktive Synergieeffekte entstehen.

Die wirtschaftliche Betätigung der Kommune ist auf den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge zu begrenzen und darf in keinem unlauteren Wettbewerb zu privatwirtschaftlichen Angeboten stehen. Die öffentliche Vorsorge wie z.B. Ver- und Entsorgung, die Gesundheitsvorsorge und der ÖPNV müssen durch den Kreis bzw. die Gemeinden sichergestellt, aber nicht zwingend von diesen selbst erbracht werden.

Die EZB wendet ihre Regelungen für international agierende Kreditinstitute auch auf regional tätige Banken an (Sparkassen/Volksbanken), die eine ganz andere, einfach gelagerte Risikostruktur haben. Dies ist nicht gerechtfertigt, sondern verursacht nur überflüssigen Aufwand und Kosten für diese Institute. Die AfD will die regional tätigen Geldinstitute unterstützen und steht diesen beratend bei, um sie vor der europäischen Regelungswut zu schützen.

Die Banken und Sparkassen reduzieren die Anzahl ihrer Geschäftsstellen immer weiter. Der dadurch konkludent voranschreitenden Bargeldabschaffung treten wir entschieden entgegen. Die kommunalen Geldinstitute müssen daher verpflichtet werden, eine flächendeckende Versorgung mit Bankdienstleistungen und Bargeld beizubehalten.

Umwelt

Der AfD-Kreisverband Gütersloh steht für einen vorbildlichen Umweltschutz. Sauberes Wasser, klare Luft und unbelasteter Boden sind elementare Voraussetzung für die Gesundheit aller Lebewesen.

Die Sanierung von öffentlichen Gebäuden mit dem Ziel der Energieeinsparung muss sich an wirtschaftlichen Überlegungen orientieren. Diese Baumaßnahmen sind dann sinnvoll, wenn sich die Investitionskosten unter realistischen Annahmen und ohne staatliche Subventionen zur Wirtschaftlichkeit innerhalb von 10 - 20 Jahren amortisieren.

Der Begriff „Klimaschutz“ ist in aller Munde dank der Informationspolitik unserer sog. Leitmedien. Er wird als Mittel missbraucht, den Bürgern gigantische Geldmittel zu entwenden. Der Strompreis hat sich seit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) verdreifacht. Das gleiche wird mit den Kosten für den individuellen Automobilverkehr passieren. Schuld daran ist vor allem die künstliche Förderung der unrentablen Elektromobilität.

Die AfD-Gütersloh plädiert stattdessen für die Nutzung synthetischer Kraftstoffe, welche u.a. aus dem CO₂ der Luft oder aus Kunststoffmüll oder auch einheimischen Pflanzenölen gewonnen werden kann.

Die AfD wird das Klimaschutzkonzept des Kreises in ein Nachhaltigkeits- und Umweltschutzkonzept wandeln. Nachhaltig bedeutet sparsamer Umgang mit allen Dingen des Lebens. Professor Michael Baugart hat mit Kollegen das Konzept Cradle-to-Cradle, einfach übersetzt mit „von der Wiege zur Bahre“ entwickelt. Dies soll für die AfD die Basis sein, wegzukommen vom maßlosen Konsum minderwertiger Billigprodukte hin zu hochwertigen Gütern, mit langer Lebensdauer.

Die AfD ist für den Stopp des Ausbaus der Windkraft im Kreis Gütersloh. Die Anlagen erzeugen Zufallsstrom, der über das EEG mit Festpreisen vergütet und damit für die Allgemeinheit teuer finanziert wird. Wegen der massiven Subventionierung und gleichzeitigen Besteuerung sind die deutschen Stromkosten heute die höchsten in Europa. Zudem gibt es kaum positive Effekte auf die

Umwelt, da jede Photovoltaikanlage durch konventionelle Kraftwerke abgesichert werden muss.

Die AfD spricht sich auch gegen weitere Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Liegenschaften aus.

Wir lehnen die Subvention von Elektromobilität ab, besonders von E-Omnibussen. Die Anschaffungspreise sind doppelt so hoch wie bei Dieselnbussen. Das deutsche Stromnetz ist nicht ansatzweise in der Lage, eine große Anzahl von Elektrofahrzeugen zu bedienen.

Wer Elektromobilität will, kann sich diese ja gerne kaufen, aber bitte nicht mit dem Geld anderer Mitbürger per Subvention.

Die AfD steht für den Erhalt der bezahlbaren individuellen Mobilität mit dem eigenen Auto. Wir lehnen jede Verteuerung des Autoverkehrs ab. Wir halten den Dieselmotor weiter für die sauberste und die sparsamste Antriebstechnik. Die Sauberkeit der modernen Verbrennungsmotoren ist durch die Corona-Krise bewiesen. Trotz des Rückgangs des Verkehrs bis 75 % sind die Feinstaub- und Stickoxidwerte gleichgeblieben oder gar gestiegen.

Wir bekennen uns als Partei der Autofahrer und des individuellen Verkehrs.

Lange Transporte belasten Straßen und Tiere. Nicht nur deswegen entscheiden sich immer mehr Menschen beim Kauf bewusst für regionale Produkte. Sie sind frisch und im Geschmack einzigartig. Zudem stärkt der direkte Kontakt zwischen Erzeugern und Verbrauchern das Vertrauen in die Qualität der heimischen Produkte. Regionalität schafft Identität.

Als Heimatpartei begrüßt die AfD diesen Verbrauchertrend. Sie setzt sich für eine echte Stärkung der regionalen Vermarktung ein. Hemmnisse für Hofläden und Wochenmärkte sollen abgebaut werden.

Verkehr und Mobilität

Konsequente Sanierung und Instandhaltung der Kreisstraßen

Der Kreis Gütersloh verfügt über ein Streckennetz von Kreisstraßen, das mehr als 300 km umfasst. Etwa 70 % dieser Kreisstraßen sind in der Bewertungsstufe 3 und 4 einzuordnen. Die Bewertungsstufen von 1 bis 5 entsprechen ungefähr den üblichen Schulnoten. Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass im Kreishaushalt die Mittel entsprechend bereitgestellt und eingesetzt werden, um unsere Straßen in einem guten Zustand zu bringen. Das heute flächendeckende Aufbringen von Rollsplitt führt zu gefährlichen Situationen, vor allem für Motorräder, und bewirkt überdies eine Unebenheit der Fahrbahnen.

Grüne Welle auf Durchgangsstraßen und Kreisverkehre vor Ampeln

Die AfD setzt sich für die „Grüne Welle“ auf Durchgangsstraßen ein, so wie es auf großen Teilen der B61 in Gütersloh der Fall ist. Ebenso sind Kreisverkehre bei vielen verkehrstarken Kreuzungen besser als Ampeln. Neue Ampeln sollen nur an Kreuzungen entstehen, wo es aus Sicht der Verkehrssicherheit bzw. Verkehrsführung nicht vermeidbar ist.

Ferner setzt sich die AfD für Tempo 80 auf außerörtlichen Gemeinde- Kreisstraßen und Bundesstraßen ein einheitlich für LKW und PKW. Der heute übliche ständige Wechsel von Tempo 70, 100, 70, 100 verursacht unnütze Schwankungen in der Geschwindigkeit und damit hohe Kraftstoffverbräuche. In Abänderung der Straßenverkehrsordnung werden wir für den Kreis Gütersloh eine Sonder-Versuchszone beantragen, um auch für LKW auf Kreis- und Landstraßen Tempo 80, zu erlauben. Das verringert die Anzahl der Überholvorgänge und verbessert spürbar den Verkehrsfluss.

ÖPNV

Die AfD tritt für einen gut ausgebauten ÖPNV, sowohl im Bus- als auch im Bahnnetz ein, jedoch nicht für einen ÖPNV um jeden Preis. Im Kreis Gütersloh fahren Busse abends mit durchschnittlich 0,6 Fahrgästen. Damit ist die fiktive Ökobilanz für den ganzen Tag ruiniert. Die AfD will deshalb ein System aus Anruf-Sammeltaxen und gut ausgebauten Radwegen statt Subventionierung kostspieliger schwach ausgelasteter Buslinien.

Automobil

Die AfD regt zwei Pilotprojekte an:

1. Pkw-Führerschein ab 15 Jahren für begleitetes und ab 16 Jahren für unbegleitetes Fahren
2. Start und Landung von Flugtaxen bzw. Personendrohnen, um bei diesem Zukunftsmarkt aktiv Vorreiter zu sein. Bei allen großen Firmen im Kreis können Start- bzw. Landeplätze auf dem Firmengelände bzw. den Firmendächern entstehen.

B64n

Seit Jahrzehnten ist diese Straße in der Diskussion. Die AfD hält die heutige Planung für vollkommen überholt, nicht für und weder zeitgemäß und auch nicht im Sinne der Anwohner in Herzebrock-Clarholz. Die geplante Hochlage südlich um Herzebrock wirkt wie ein riesiger Wall und zerschneidet die Landschaft übermäßig. Ferner ist ein mehrmaliges Überqueren der Bahnstrecke sehr teuer zu realisieren.

Die AfD befürwortet eine Alternative zur bisherigen Planung. Eine „sparsame“ Nordumgehung, planeben, das heißt ohne riesigen Erdwall, und mit Kreisverkehren, könnte ungefähr auf der heutigen K14/ Storksweg verlaufen, mit Verlängerung in Richtung Gütersloh auf den Kreuzungspunkt L788 und L927 (Kreuzung beim Landhaus Heitmann). Diese Lösung wäre mit sehr geringen Geldmitteln und sehr wenigen Eingriffen in die Landschaft realisierbar. Ein sparsamer Ausbau dieser Strecke könnte 50% des Verkehrs aufnehmen und damit die Stadtkerne entlasten, ferner hätten die Anwohner in Herzebrock-Clarholz den Vorteil, dass sie diese Variante der B64n von allen Seitenstraßen aus benutzen bzw. auf- und abfahren können.

B61 vierspuriger Ausbau

Der AfD-Kreisverband Gütersloh befürwortet den vierspurigen Ausbau der B61 zwischen Gütersloh und Wiedenbrück. Er ist seit 40 Jahren überfällig. Wir plädieren dafür, die jeweils zwei Fahrstreifen je Fahrtrichtung so zu legen, dass die vorhandene Baumallee möglichst erhalten bleibt. Ferner braucht jede Fahrtrichtung einen Radweg. Am Knotenpunkt Gütersloher Str. /Kornstraße mit der B61 in Rheda-Wiedenbrück sollte ein sogenannter Turbokreisel mit Überholspur von Gütersloh kommend nach Rheda eingerichtet werden.

B513n

Der AfD-Kreisverband Gütersloh befürwortet die zügige Realisierung der B513n als Umgehung für Harsewinkel und zur besseren Anbindung der Firma Claas.

Fahrradwege

Fahrradfahren ist gut für die Gesundheit. Es verursacht kaum Geräusche und produziert keine Abgase. Die AfD lehnt allerdings den Bau von sogenannten Radschnellwegen ab. Diese Strecken sind perspektivisch überdimensioniert und werden – gerade in einem eher ländlich geprägten Raum – zu wenig frequentiert. Sie sind unwirtschaftlich und lediglich ein Prestigeobjekt linksgrüner-Asketen.

Die AfD wird sich für den Erhalt und für den notwendigen Ausbau des Radwegenetzes im Kreistag einsetzen. Dabei haben wir auch die Wege im Blick, welche über die Kreisgrenzen fortgesetzt werden.

TWE

Die Reaktivierung der TWE-Strecke zwischen Harsewinkel und Verl verursacht hohe Investitionskosten. Die Folgekosten werden überdies zu einem Fass ohne Boden werden. Der Strecken- und Fuhrparkerhalt sowie die Deckung des Betriebsdefizits werden jährlich Millionensummen verschlingen. Die AfD lehnt dieses Vorhaben mit aller Entschiedenheit ab. In einem Flächenkreis ist es zweckmäßiger, die vorhandene Omnibus-Infrastruktur attraktiver zu machen. Die AfD setzt sich stattdessen dafür ein, im Verkehrsverbund die Preise für den Omnibusverkehr deutlich abzusenken, um die Attraktivität des ÖPNV für alle Bürger zu erhöhen.

Flughafen Paderborn

Ein regionaler Flughafen ist wichtiger Bestandteil unserer Infrastruktur. Der Kreis Gütersloh ist am Flughafen Paderborn-Lippstadt beteiligt, und das sollte so bleiben. Eine bessere Anbindung des Kreises Gütersloh über das Straßennetz an den Flughafen ist allerdings geboten. Hierzu wird die AfD Gespräche mit den mitnutzenden Kreisen und der kreisfreien Stadt Bielefeld sowie mit dem Regionalrat fordern, da der Flughafen insgesamt Ostwestfalen dient.